

Sächsische Arbeiter-Zeitung

Organ zur Wahrung der Interessen der Arbeiterklasse.

Redaktion: Wittenbergstr. 45.
Verlag: Druckerei des Verlagsbesizers
Wittenbergstr. 45.

Nr. 250.

Dresden, Mittwoch den 26. Oktober

1892.

Preussische Einkommens-Verhältnisse.

Wir haben kürzlich die jämmerliche Lebenslage der Mehrzahl der sächsischen Bevölkerung aus den Ergebnissen der Einkommenssteuer-Statistik nachgewiesen. Was Sachsen recht ist, ist Preußen billig; die Noth und das Elend der Volksmassen scheint der einzige Punkt zu sein, in welchem die gepriesene „deutsche Einheit“ thatsächlich vorhanden ist. In Preußen war es bisher in Folge der Einkommenssteuer durch besondere Einkommenskommissionen nicht möglich, die Einkommensverhältnisse auch nur annähernd richtig zu schätzen. Die frechen Schwindleien der Baare und Konfessionen ließen ja tief genug blicken. Erst durch das neue preussische Einkommenssteuergesetz, welches die Selbstschätzung einführt und in diesem Jahre erstmalig zur Anwendung gelangte, ist es möglich, sich ein einigermaßen zutreffendes Bild von der Verteilung des Einkommens in Preußen zu machen. Im „Sozialpolit. Centralbl.“ macht Dr. J. Bug über das Ergebnis der letzten preussischen Steuererhebung einige Mittheilungen, denen wir das wichtigste entnehmen.

Von der Einkommensteuer befreit sind in Preußen alle Personen, welche ein Einkommen unter 900 M. besitzen. Diese befaßen sich an Zahl auf 5,697,040 und haben ein Gesamteinkommen von rund 284,5 Millionen Mark.

Andererseits giebt es aber in Preußen 2,435,868 Personen mit einem Einkommen von 900 Mark und darüber. Die Gesamtsumme des Einkommens dieses Bevölkerungstheiles beläuft sich auf 5724,3 Millionen Mark.

Daraus ergibt sich, daß weniger als ein Drittel aller Einkommensteuern mehr als zwei Drittel des Gesamteinkommens beziehen. Das Durchschnitts-Einkommen der ersten Gruppe, der Unbemittelten, beträgt ca. 500 M., das der letzteren aber 2350,02 M., ist also bei diesen etwa 4,6 mal so hoch als bei jenen!

| Einkommens- stufen | Zahl der Einkom- menseigenen | Prozent | Einkommen in 1000 M. | Prozent | Durchschnitts- einkommen in M. |
|-----------------------|------------------------------------|---------|-------------------------|---------|-----------------------------------|
| 500-900 | 5,697,040 | 70,3 | 2,845,500 | 33,9 | 500 |
| 900-3000 | 2,118,988 | 26,0 | 2,911,981 | 33,9 | 1,374 |
| 3000-6000 | 782,009 | 9,8 | 5,790,481 | 67,1 | 735 |
| 6000-14,500 | 204,714 | 2,4 | 785,330 | 9,2 | 3,850 |
| 14,500-25,500 | 80,797 | 1,0 | 667,798 | 7,8 | 8,240 |
| über 25,500 | 19,500 | 0,2 | 368,821 | 4,3 | 18,900 |
| | 12,018 | 0,1 | 957,265 | 11,5 | 89,000 |
| über 3000 | 316,889 | 3,7 | 2,812,342 | 32,9 | 8,871 |
| über 900 | 2,435,868 | 29,7 | 5,724,325 | 67,8 | 2,350 |
| Total | 8,133,898 | 100 | 8,572,825 | 100 | 1,056 |

Bei der letzten Einkommenssteuer ist noch zu bemerken, daß sich in derselben:

| Einkommens- stufen | Zahl der Einkom- menseigenen | Prozent | Einkommen in 1000 M. | Prozent | Durchschnitts- einkommen in M. |
|-----------------------|------------------------------------|---------|-------------------------|---------|-----------------------------------|
| 500-900 | 5,697,040 | 70,3 | 2,845,500 | 33,9 | 500 |
| 900-3000 | 2,118,988 | 26,0 | 2,911,981 | 33,9 | 1,374 |
| 3000-6000 | 782,009 | 9,8 | 5,790,481 | 67,1 | 735 |
| 6000-14,500 | 204,714 | 2,4 | 785,330 | 9,2 | 3,850 |
| 14,500-25,500 | 80,797 | 1,0 | 667,798 | 7,8 | 8,240 |
| über 25,500 | 19,500 | 0,2 | 368,821 | 4,3 | 18,900 |
| | 12,018 | 0,1 | 957,265 | 11,5 | 89,000 |
| über 3000 | 316,889 | 3,7 | 2,812,342 | 32,9 | 8,871 |
| über 900 | 2,435,868 | 29,7 | 5,724,325 | 67,8 | 2,350 |
| Total | 8,133,898 | 100 | 8,572,825 | 100 | 1,056 |

Daraus geht also hervor, daß in Preußen 70,3 Prozent der Einkommensteuern und demnach auch der gesamten Bevölkerung nicht einmal das Existenzminimum von 900 M. erreichen, daß dagegen 3,7 Proz. von den Wohlhabenden mit mehr als 3000 M. Einkommen (durchschnittlich 8871 M.) ein Gesamteinkommen haben, das nur um ein Geringes kleiner als das Gesamteinkommen jener 70,3 Prozent mit weniger als 900 M. Fast gleich an Einkommen stehen also: Einerseits 5,697,000, andererseits 316,889 eingeschätzte Personen. Das sind die Gegenpole in unserer herrlichen kapitalistischen Gesellschaftsordnung, hier Reichenreichthum, dort Massenarmuth! Furchterlich ist es auszuwenden, was für Schwellgerorgien auf der einen Seite, was für Entbehrung und Pein auf der anderen Seite sich hinter diesen nackten Zahlen verbergen!

Freilich, jene 12,018 Personen in Preußen, welche sich eines jährlichen Durchschnitts-Einkommens von 82,000 M. und jene 12 Prüflinge mit einem Jahreseinkommen von 1,5 bis 7 Millionen Mark werden unsere Klagen nicht verstehen. Durch welche Art „Arbeit“ sie wohl ihre Schätze erworben haben mögen?! Schließlich wollen wir noch einige Ziffern anführen, welche auf die Quellen des Einkommens hinweisen. Das veranlagte Ein-

kommen der Einkommensteuern über 3000 Mark beträgt:

| Kategorie | Zahl der Einkommenseigenen | Einkommen in 1000 M. | Prozent | Durchschnitts-einkommen in M. |
|--|----------------------------|----------------------|---------|-------------------------------|
| I. Aus Kapitalvermögen | 911,781,301 | 911,781,301 | 10,5 | 1,000 |
| II. Aus Grundvermögen | 755,861,284 | 755,861,284 | 8,8 | 1,000 |
| III. Aus Handel, Gewerbe und Bergbau | 982,804,091 | 982,804,091 | 11,5 | 1,000 |
| IV. Aus gewinnbringender Beschäftigung | 388,841,957 | 388,841,957 | 4,5 | 1,000 |
| V. Abgerechnete Schuldsinsen | 2,812,342,342 | 2,812,342,342 | 32,9 | 1,000 |
| Zusammen | 2,812,342,342 | 2,812,342,342 | 32,9 | 1,000 |

Zweifelslos arbeitsloses Einkommen sind also I und II oder 1,667,642,585 Mark, während in den Gruppen III und IV mit 1,571,746,058 Mark zunächst selbst ein gut Theil arbeitsloses Einkommen enthalten ist, nämlich alles durch Börsen-, Differenz- und Spekulationsgeschäfte erzielt, weiterhin hier aber eine Trennung zwischen solchen aus produktiver und unproduktiver Thätigkeit vorhanden Einkommen nicht vorgenommen werden kann.

Auch diese Zeilen dürften geeignet sein, in der sozialdemokratischen Agitation eine große Rolle zu spielen!

Eine historische Erinnerung.

Die Markgräfin Wilhelmine von Baireuth, die Schwester Friedrich des Großen und Tochter König Friedrichs Wilhelms I. von Preußen hat Memoiren geschrieben, welche ungemein lehrreich zu lesen sind; denn in ihnen lernen wir das häusliche Leben eines Königs von Preußen kennen, geschildert von seiner Tochter.

Nun erscheint nach dieser Schilderung dieses Lebens nicht sehr anziehend, und der königlich preussische Geschichtsforscher steht hier vor einer schweren Aufgabe. Entweder, er nimmt die Angaben der Markgräfin für bare Münze, dann erscheint der König in einem sehr bedenklichen Licht; oder er bestreitet die Richtigkeit, um das Renommée eines Königs zu retten, dann müßte die Frau Markgräfin die Unwahrheit gesagt haben. Letzteres meint J. V. Droyen, welcher die Echtheit der Memoiren anerkennt, aber behauptet, daß sie in dem, was sie erzählen, wie in den Aktenstücken, die sie mittheilen, entstellt und gefälscht sind.

Wir werden uns natürlich nie erlauben, ein so starkes Urtheil über eine fürstliche Persönlichkeit zu fällen, das duldet schon unser so oft erprobtes monarchisches Bewußtsein nicht. Wie kann eine Markgräfin, die Tochter eines Königs von Preußen, „entstellen“ und „fälschen“!

Nein, unzweifelhaft haben wir hier edelste geschichtliche Wahrheit vor uns.

Ziehen wir aus dem Wert einige der interessantesten Rüge heraus! Wir erklären dabei, daß die Memoiren nicht verboten sind, und daß wir, um etwaigen unliebsamen Erweiterungen aus dem Wege zu gehen, immer nur die Worte der Frau Markgräfin gebrauchen und hinter jedes Zitat die Stelle, wo wir sie gefunden haben, setzen werden. Wir zitiren nach der Braunschweiger Ausgabe (Mémoires de Frédérique Sophie Wilhelmine, margrave de Baireuth, 2 vol. Brunsv. 1810.)

Die Regierungshandlungen des Königs wurden nicht durch politische Erwägungen, sondern durch bloße Laune bestimmt (I, 23). Die Mittel, durch welche man Etwas bei ihm erreichte, waren, daß man ihm „lange Kerle“ für sein Niesenregiment verschaffte, oder ihm und seinen Kreaturen Saufgelage gab (I, 15, 30, 356). So erreichte J. V. der kaiserliche Gesandte v. Seckendorf 1726, daß der König von einer Verbindung mit England abging und sich an den Kaiser anschloß, bei einem derartigen Gelage (I, 95).

Das Einzige, wofür der König wirkliches Interesse hatte, war das Meer, aber auch hier handelte es sich mehr um bloße Liebhaberei (I, 14, 93, 307). Kunst und Wissenschaft waren ihm ganz verächtlich, seine Kinder durften sich mit solchen Sachen nicht beschäftigen (I, 180, 190, 281). So ließ er einmal auf der damaligen Universität Frankfurt a. O. die beiden Professoren darüber disputiren, daß alle Gelehrten Narren seien.“ Der Prof. Grundling, der Präsident der Berliner Societät der Wissenschaften, wurde als Hofnarz traktirt. Für die königliche Bibliothek wurde nicht nur nichts ausgegeben, sondern es wurden sogar Bücher aus ihr verkauft.

Der König pflegte seinen Wuthausbrüchen

keine Rüge anzulegen. So warf er einmal dem englischen Gesandten Rotham die überbrachten Briefe ins Gesicht und machte Niemand, ihm einen Fußtritt zu versetzen (I, 207, 344; II, 121). Den Leutnant Kette, der dem damaligen Kronprinzen bei der Flucht geholfen hatte, bearbeitete er mit Ohrfeigen, Stockhieben und Fußtritten, so daß Kette blutig wurde (I, 246), desgleichen den Kronprinzen (I, 168, 186 ff., 190). Zweimal wollte er ihn mit einer Carbinenschnur erdrosseln, und der nachmalige Friedrich der Große wurde nur gerettet, daß eine Mal in Frankfurt a. M. durch den Kammerdiener, das andere Mal in Potsdam durch den General Waldow (I, 190 ff., 237). Desgleichen wollte er ihn nach der Flucht in Wesel erdrosseln, und hier verbannte der Kronprinz dem General Wosel das Leben (I, 239). Er wollte ihn dann zum Tode verurtheilen lassen, wurde aber durch die Verwendung fremder Mächte daran gehindert. Die Prinzessin Wilhelmine wurde gleichfalls schlecht behandelt; wie der Kronprinz seine Musik und Feste treiben sollte, so war ihr das Tanzen verboten (I, 224). Sogar ihre Gesundheit wurde geschädigt (I, 52, 341). Mit Schimpfworten wurde sie vom König beständig traktirt; mit Vorliebe nannte er sie „Kanaille“ (I, 144, 155, 242, 288). Bei der Fluchtaffaire des Kronprinzen „il m'accusait d'être complice de l'entrepri de la princes royal, qu'il traitait au crime de l'ex-Majesté, et d'avoir uno intriguo amoureuse avec Kati, duquel, disoit — il, j'avais eu plusieurs enfants“, und ein Verhältnis mit Kati zu haben, von dem ich mehrere Kinder gehabt hätte (I, 243, 258). Am Tisch warf er den Prinzen und Prinzessinnen Teller an den Kopf (I, 146). Ebenfalls behandelte er die Königin, von der er sagte: man muß die Weiber unter der Fuchtel halten (sonst les femmes sous la serule), sonst tanzen sie Einem auf dem Kopf herum (I, 12, 38 ff., 88, 125 ff., 156).

Dabei war er geizig bis zum Uebersich (I, 4, 31, 346). Das zeigte sich sogar bei Tisch. „Unser Tisch war so schlecht, daß wir meistens hungerten; es gab bloß Knochen ohne Fleisch, die in Salzwasser gekocht waren, und außerdem Dünnebier (I, 267). Am tollsten ist eine Szene in Wusterhausen: „Der König ließ uns, meinen Bruder und mich, vor Hunger sterben. Bei Tafel machte er den Vorkneiber, und bediente dann Alle außer uns Weiden; und wenn zufällig ein Stück auf einer Schüssel übrig geblieben war, so pfluckte er darauf, damit wir nicht davon essen sollten“ (I, 156).

Da ja jetzt aus den Schulen der Geschichtsunterricht patriotischer gehalten werden soll, so dürfte die Bekämere der Memoiren der Markgräfin sehr geeignet sein, um die Kinder in die Geschichte König Friedrichs Wilhelms I. einzuführen. Die Darstellung ist sehr lebendig, und, wie man sieht, wußte die Schriftstellerin sehr interessant zu schildern.

Zur Tagesgeschichte.

Deutsches Reich.

Dresden, 25. Oktober.

— Zur Militärvorlage. Bei der Einbringung dieser Vorlage im Bundesrath hat Caprivi eine längere Rede gehalten und am Schluß um strenges Stillschweigen bis zur Einbringung im Reichstages gebeten und dieselbe empfahlen; 2 Tage später verließ die „Allg. Ztg.“ sein Verbleib, den ganzen Plan der Oeffentlichkeit. Der Patriotismus derselben war also wieder einmal geringer als das Interesse ihres Verlegers, allen anderen Zeitungen vorzukommen. Der „Reichsanzeiger“ sagt darüber: „Da die Militärvorlage dem Bundesrath als geheim zugegangen ist und deren Veröffentlichung im gegenwärtigen Stadium — d. h. vor ihrer Durchberatung im Bundesrath — von der Regierung nicht beabsichtigt war, so kann die „Allg. Ztg.“ nur auf unrechtmäßige Weise von der Vorlage Kenntniß erhalten haben.“

— Schön ist dieser Verrath von der „Allg. Ztg.“ nicht, zumal gerade sie denselben nicht damit entschuldigen kann, daß sie nur damit den Interessen des Volkes einen Dienst habe erweisen wollen. Aber man weiß doch wenigstens nun authentisch und genau, um was es sich eigentlich handelt.

— Auf mehr als 100,000 Mann beläuft sich darnach die Erhöhung der Friedenspräsenzstärke nach der neuen Vorlage. Es ist nicht mehr wie früher bloß darauf abgesehen, mit Frankreich

Schritt zu halten, sondern dasselbe in der Kriegszeit beträchtlich zu überfüllen; Deutschland für sich allein soll heute dem europäischen Rußland gewachsen sein, obwohl dasselbe nicht wie Deutschland 40 Millionen sondern 84 Millionen Seelen zählt. In der russischen Begründung wird angeführt, daß das Russen 11,857 Unteroffiziere und 72,037 Gemeine beträgt. Dies würden auf 1. im Ganzen 83,894 Mann sein. Es kommt aber noch in Betracht, daß fünfzig unter Friedenspräsenzstärke nicht, wie bisher die Maximalstärke und die Reemalstärke, sondern eine Durchschnittsgröße verstanden sein soll. Bisher blieb die thatsächliche Durchschnittsgröße um ca. 20,000 Mann hinter der gesetzlichen Ziffer zurück, und waren in Folge dessen schon von vornherein im Etat entsprechende Ersparnisse abgesetzt. Von diesen 20,000 Mann entfielen allein 15,000 Mann auf die sogenannte Rekrutenverlosung, d. h. auf die Veränderung in der Preßung zwischen der Entlassung der Rekruten im September und der Einstellung der Rekruten im November. Diese Rekrutenverlosung kommt nunmehr in Fortfall. Eine Ersparnis von 5 Wochen oder ein Zehntel des Jahres, für 150,000 Rekruten machte für das Jahr berechnet schon allein eine Ersparnis von 15,000 Mann aus. Die zweijährige Dienstzeit will man gewähren, jedoch nur für die Soldaten, welche nicht mit einer mehr als sechsmonatlichen Freiheitsstrafe belegt worden sind.

Die jährliche Rekruteneinstellung beträgt jetzt ca. 109,000 Mann, in Zukunft soll sie 235,000 Mann betragen, wozu noch, wie bisher, 9000 Einjährig-Freiwillige kommen. Es soll eine bedeutende Erhöhung der Zahl der Friedensformationen vorgenommen werden. So sollen 173 Infanteriebataillone (gegenwärtig 588), 92 Kavallerie-Eskadrons (gegenwärtig 465), 60 Feldartillerie-Batterien (gegenwärtig 434), 4 Pionierbataillone (gegenwärtig 20), 6 Eisenbahnkompanien (gegenwärtig 22) neu gebildet werden. Alle Diensttauglichen sollen herangezogen werden.

Die Mehrkosten der neuen Heeresorganisation beziffert sich an fortwährenden Ausgaben auf 64 Millionen, davon werden als erste Rate 56,400,000 M. gefordert, der Rest im Laufe der Jahre beantragt werden. An einmaligen, außerordentlichen und im Wege der Anleihe zu deckenden Ausgaben sind zunächst für das erste Halbjahr 1893/94 61 Millionen Mark angefordert. Weitere 5,800,000 M. sind für späterhin vorzubehalten. Hierin sind aber offenbar nicht einbezogen diejenigen 200 Millionen Mark, welche die Unterbringung der neuen Mannschaften in Kasernen und sonstigen Garnisonsanstalten erfordert.

— Die Verhältnisse der preussischen Lehrer sind bekanntlich sehr schlecht. Das weiß die Regierung, hört es aber augenscheinlich nicht gerne sagen. Während nämlich für die neue Militärvorlage das Oberreppel, die „Nord. Allg. Zeitung“, mit Pauken und Trompeten eintritt, hat sie den Lehrern in Preußen gegenüber, wenn diese das Verlangen nach Verbesserung ihrer Gehälter in Preußen stellen, nur höchstens schöne Worte, manchmal auch Grobheiten. So hat sie sich neulich erst wieder schroff gegen diese Forderungen erklärt; sie mag aber doch inne geworden sein, daß dadurch die Lehrer vor den Kopf gestoßen werden müssen. Deshalb sucht sie jetzt ihnen wieder den Mund wässrig zu machen, indem sie ihnen eine baldige „Verbesserung der äußeren Verhältnisse“ in Aussicht stellt. Schon der Amtsvorgänger des Kultusministers habe sein Interesse für die Hebung der äußeren Lage der Volksschullehrer bezeugt. Nachdem der Volksschullehrerentwurf, in welchem eine durchgreifende Verbesserung der Lehrergehälter vorgesehen war, gefallen ist, heißt es weiter, hat es sich die Unterrichtsverwaltung angelegen sein lassen, auf dem Verwaltungswege bringenden Reklamen abzukommen. Es ist in dieser Beziehung, wie wir zu versichern in der Lage sind, recht viel geschehen (1) und es wird auch fortgesetzt werden, die betreffenden Fonds so weit in Anspruch zu nehmen, als nur irgend möglich ist. Deshalb erscheint aber der Unterrichtsverwaltung die Nothwendigkeit einer durchgreifenden Erhöhung der Lehrergehälter nicht etwa minder dringlich. Es darf als sicher gelten, daß schon bei der Einbringung der Steuerentlagen im Landtage in dieser Beziehung erfreuliche Ausschläge werden gegeben werden können.“ Das fatale ist nur, daß die Lehrer immer nicht viel davon merken, daß für sie „recht viel geschehen“ ist. Es wird nach allen Erfahrungen höchstwahrscheinlich auch in der nächsten Session des preussischen Abgeordnetenhauses nicht viel herausbringen, um so weniger, als bedeutende Defizite im preussischen Etat weggeschaffen sind.

